

Stellungnahme des Kairos Palästina-Solidaritätsnetzes zum Beschluss der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland „Schritte auf dem Weg zu Gerechtigkeit und Frieden in Israel und Palästina“

Die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat am 16.1.2016 den folgenden Beschluss gefasst:

1. *Die Evangelische Kirche im Rheinland erinnert an ihre landessynodalen Beschlüsse, in denen die Solidarität mit dem Staat Israel und das Eintreten für seine Sicherheit seit vielen Jahrzehnten unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht wird. Allen Formen von Israelfeindschaft und Delegitimierung des Staates Israel tritt die Evangelische Landeskirche im Rheinland entschieden entgegen.*

2. *Sie erinnert zugleich an die völkerrechtlich verbindliche Beschlusslage, derzufolge ein in Sicherheit lebender Staat Israel und ein palästinensischer Staat neben einander in Frieden und Sicherheit und gegenseitiger Anerkennung ihrer staatlichen Souveränität und Integrität bestehen sollen („Zwei-Staaten-Lösung“). Für diesen Prozess ist die internationale Anerkennung auch der palästinensischen Eigenstaatlichkeit notwendig, die einen nachhaltig wirkenden Friedensprozess vorantreiben kann.*

3. *Die Evangelische Kirche im Rheinland setzt sich dafür ein, dass die Konfliktparteien auf dieser Grundlage die Suche nach einer politischen Lösung intensivieren.*

4. *Sie wird in Gesprächen*

a) mit der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihren Gliedkirchen,

b) mit ihren ökumenischen Partnern,

c) mit Gesprächspartnern aus dem Bereich der Politik und Diplomatie,

d) mit ihren jüdischen und muslimischen Gesprächspartnern in Deutschland,

e) sowie mit ihren jüdischen und palästinensischen Gesprächspartnern in Israel und in Palästina

für notwendiger Schritte in Richtung auf eine völkerrechtliche Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit durch die Bundesrepublik Deutschland eintreten.

(mit großer Mehrheit bei sechs Gegenstimmen und acht Enthaltungen)

Dieser Beschluss ist höchst problematisch. Der sogenannte „Friedensprozess“, in dem Israel und die palästinensische Autonomiebehörde seit Jahren über eine Zwei-Staaten-Lösung verhandeln, hat bisher faktisch als eine diplomatisch-politische Nebelwand gewirkt, hinter der Israel die vollständige Umsetzung des zionistischen Kolonisierungsprojektes auf Kosten der Palästinenser konsequent

vorantreibt. Daran würde sich nichts ändern, wenn Kirchen diesen Prozess neu beleben wollten.

Der „Friedensprozess“ vor Ort

Der Beschluss zielt auf die Wiederbelebung des sogenannten „Friedensprozesses“ zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde. Die USA und ihre Verbündeten, vor kurzem auch wieder das seit 2002 im Nahen Osten vermittelnde „Quartett“ (USA, Russland, UNO und EU - Sprecher der ehemalige britische Premierminister Tony Blair), drängen die beiden Parteien zur Wiederaufnahme des Prozesses. Die rheinische Synode hat sich da eingereiht und will die EKD sowie die Landeskirchen dafür gewinnen, ihrerseits dieses Projekt mitzutragen, offenbar mit dem Gefühl, das dies zur Zeit ein besonders wirkungsvoller Akt christlichen Engagements für einen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern sei.

Seit zwei Jahren ist der Prozess zwar unterbrochen, aber in seinem Rahmen wird seit fast 25 Jahren zwischen der israelischen Regierung und der palästinensischen Autonomiebehörde verhandelt - ohne ein Ergebnis, das einen gerechten Frieden näher gebracht hätte. Aus palästinensischer Sicht sind die Verhandlungen ausgesprochen kontraproduktiv gewesen. An die 500 000 jüdische Siedler wurden in dieser Zeit unter Missachtung des Völkerrechts und geltender UN-Beschlüsse im besetzten Palästina angesiedelt. Siedlungen und ein Straßennetz, das sie verbindet und grundsätzlich nur von jüdischen Siedlern genutzt werden darf, haben das besetzte Land mit einer „matrix of control“ (Jeff Halper, Direktor des „Israeli Committee against House Demolitions“) überzogen, die jede eigenständige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Palästinas verhindert. Gaza ist seit 2007 von Israel abgeriegelt und wird nicht zu Unrecht immer wieder als das größte Freiluftgefängnis der Welt bezeichnet. Israel hat die besetzten Golan-Höhen annektiert, Ost-Jerusalem, Hauptstadt eines künftigen palästinensischen Staates, planungsrechtlich und siedlungspolitisch so behandelt, dass es kaum palästinensische Hauptstadt werden könnte. Vor allem im Jordantal, C-Gebiet nach den Oslo-Verträgen, d.h. allein unter israelischer Kontrolle, findet eine schleichende ethnische Säuberung statt. Die Bekenntnisse vieler israelischer Politiker zur Zwei-Staaten-Lösung sind nicht verlässlich; immer wieder erklärt auch Premierminister Netanjahu, dass es mit ihm keinen Palästinenserstaat geben wird. Israel hat sich bisher geweigert, seine Grenzen zu definieren, völkerrechtlich geurteilt ein israelisches Alleinstellungsmerkmal.

Wie unter diesen Umständen das Ziel des „Friedensprozesses“, eine Zwei-Staaten-Lösung erreicht werden soll, ist äußerst zweifelhaft geworden. Mitri Raheb fasst die Skepsis so zusammen: Israelis und Palästinenser müssen sich eingestehen, dass die staatlichen Projekte, für die sie bisher gekämpft haben gescheitert sind. „In Israel ist ... ein System der Apartheid herausgekommen, und der palästinensische Zwergstaat im Gazastreifen oder die palästinensischen 'Käselöcher' im Westjordanland sind auch nicht die Verwirklichung des Traumes, für den die Leute gerungen haben. Aber noch sind beide Völker unfähig oder unwillig, sich diese harte und bittere Wahrheit

einzugestehen und sich auf die Suche nach neuen Wegen zu begeben.“ (Glaube unter imperialer Macht, Gütersloh 2014, S.138)

Im rheinischen Beschluss wird emphatisch betont, dass es bei allem auch um die Sicherheit Israels geht. Tatsächlich hat aber der „Friedensprozess“ selbst Israel erheblich geschadet. Man kann nicht Hunderttausende von jungen Männern und Frauen einsetzen, um mit rücksichtsloser militärischer Gewalt ein Besetzungssystem aufrecht zu erhalten, das die Bevölkerung Palästinas als rechtlose Objekte behandelt (Die israelische Besatzung sei so schlimm wie die deutsche in Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges, meinte der ehemalige Shin Beth Chef Avraham Schalom), ohne dass die Gewalt nach innen zurückschlägt und die eigenen moralischen Grundlagen zersetzt. Dass am Holocaustgedenktag 2016 der stellvertretende israelische Generalstabschef, Generalmajor Yair Golan, mit großer Beunruhigung in Israel Entwicklungen wahrnimmt, wie sie im Deutschland der späten 20er und frühen 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu beobachten waren, und die die Schrecken der 40er Jahre vorbereiteten, spricht da für sich.

Die Haltung der internationalen Unterstützer des „Friedensprozesses“

Die USA und ihre Verbündeten sowie „das Quartett“ haben bisher mit einer gewissen Regelmäßigkeit zwar den Siedlungsprozess – der eigentlich ein Kolonisierungsprozess ist - verbal kritisiert. Faktisch haben sie aber zugesehen, wie nach und nach die territorialen Voraussetzungen für die Errichtung eines palästinensischen Staates verschwinden. Israels Rechtsbrüche wurden nie sanktioniert.

Im Beschluss der rheinischen Landessynode und seiner Begründung sowie in den begleitenden Vorträgen und Presseerklärungen wird die konkrete Wirklichkeit der israelischen Besatzung völlig ausgeblendet. Man bezieht sich zwar ausdrücklich auf den Teilungsbeschluss der UNO von 1947 und rechtfertigt damit das Eintreten für die Zwei-Staaten-Lösung. Die Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates, die den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten fordern, werden allerdings nirgendwo erwähnt. Ja, das Wort „Besatzung“ kommt in keinem Text vor - übrigens ein ausgesprochener Rückschritt gegenüber dem „Diskussionsimpuls zur Lage in Israel/Palästina (2011)“, auf den sich die Beschlussvorlage bezieht; dort hatte es noch geheißen: „Zu den notwendigen ersten Schritten gehört ein Ende der widerrechtlichen Besatzungs- und Siedlungspolitik.“

In der Begründung des Antrages der Kirchenleitung wird zwar ausdrücklich Bezug genommen auf den Beschluss des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2014, mit dem das Parlament eintritt, für eine „Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten, bei der ein in Sicherheit lebender Staat Israel und ein unabhängiger, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer Staat auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes und der uneingeschränkten Achtung des Völkerrechtes in

Frieden und Sicherheit neben einander bestehen.“ Im Beschluss der Synode wird dann aber keinerlei Bezug auf diese Resolution des Europäischen Parlaments sichtbar, die wenigstens an einigen Stellen konkret wird und über ein opportunistisches „Weiter so!“ hinausgeht. Die Synode beschränkt sich allein auf die Wiederaufnahme und Förderung des „Friedensprozesses“.

Problematisch ist auch, dass offensichtlich aus dem offiziellen politischen Diskurs der Unterstützer Israels der Gedanke übernommen wird, die beiden Verhandlungspartner müssten allein zu einer Lösung finden. Bedenkenswert in diesem Zusammenhang ein Wort Nelson Mandelas, geäußert als ihm, dem noch Gefangenen, der damalige südafrikanische Staatspräsident P.W. Botha unter bestimmten Bedingungen Verhandlungen anbot: „Only free men can negotiate. Prisoners cannot enter into contracts...“ (zit. Marlene Dumas, *Against the Wall*, New York (D.Zwirner) 2014, S.52)

Den Friedensprozess fortsetzen?

Israel kann auch ohne Friedensverhandlungen weiter darauf hin arbeiten, sich die letzten siedlungs-, militärpolitisch- und ökonomisch wertvollen Quadratmeter palästinensischen Bodens anzueignen. Die Fortsetzung des „Friedensprozesses“ würde die Welt allerdings weiter davon entlasten, genau hinzusehen und würde daher das Suchen nach echten Alternativen, die zu einem gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina führen könnten, behindern. Schon jetzt ist es geboten, für die Achtung der Menschenrechte der Palästinenser einzutreten. Das ließe sich leichter mit scheinbar gutem Gewissen aufschieben mit dem Hinweis auf den laufenden „Friedensprozess“, der nicht gestört werden dürfe.

Macht es aber nicht einen Unterschied, dass die rheinische Kirche sich für die *Anerkennung des Staates Palästina* einsetzen will, um „einen nachhaltig wirkenden Friedensprozess“ voranzutreiben ?

Natürlich ist das Eintreten für die Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas auch etwas, worum Palästinenser und ihre Unterstützer kämpfen (Z.B. Forderung der palästinensischen Kirchenführer vom 10.10. 2014). Aber dort geht es um ein taktisches Element in einer größeren vielschichtigen Strategie, die in ihren grundsätzlichen Zielen glaubwürdig auf die Befreiung Palästinas und einen gerechten Frieden in der Region zielt. Dort setzt man ausdrücklich auch auf die Solidarität von Ökumene und internationaler Zivilgesellschaft, einschließlich ihrer Möglichkeiten, durch die Unterstützung von Maßnahmen des Boykotts, des Investitionsabzugs und Sanktionen (BDS) ernsthaft politischen Druck aufzubauen, der die israelische Regierung zur Beachtung des Völkerrechts und der Menschenrechte von Palästinenserinnen und Palästinensern drängt.

Beim rheinischen Projekt bleibt der Einsatz für die völkerrechtliche Anerkennung ein taktisches Element, eingeordnet in eine im Ganzen fragwürdige Strategie, von der absehbar ist, dass sie einen gerechten Frieden im Nahen Osten eher verhindert. Dass

Israel und seine Unterstützer gegen die Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas weiter Sturm laufen würden, ist da auch eher eine Frage ihrer Taktik.

Kontext und Wirkungen rheinischer Theologie

Der Synodenbeschluss und sein Umfeld sind auch ein Beleg dafür, wie sich der vorherrschende theologische Israel - Diskurs, natürlich in seiner besonderen rheinischen Zuspitzung, auf die Wahrnehmung des Nahostkonflikts auswirkt. Man beginnt nicht mit einer Analyse der Situation und der in ihr wirkenden politischen, gesellschaftlichen Kräfte und Machtverhältnisse zwischen Israel und Palästina. Wie auf einen dogmatischen Obersatz bezieht man sich zuallererst auf frühere Bekundungen der Solidarität mit dem Staate Israel und bekennt sich zur Verpflichtung, gegen jede Form von Israelfeindschaft und Delegitimierung des Staates Israel anzugehen. In der Begründung des Antrags der Kirchenleitung wird ausdrücklich unter Bezug auf die Synodenbeschlüsse von 1980 und 2005 wiederholt, die „Errichtung“ und „fortdauernde Existenz“ des Staates Israel sei „Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk“.

Wie muss es auf Palästinenserinnen und Palästinenser wirken, dass sie erst nachrangig mit ihrer konkreten Existenz unter israelischer Besatzung ins Bild kommen? Jean Zaru, palästinensische Theologin, rechnet diese Art zu theologisieren unter die kulturellen Elemente struktureller Gewalt, der sie ausgeliefert ist (Theologising, truth and peacemaking in the Palestinian experience, in; M.Prior (ed.), Speaking the truth, Northampton 2005, S.188).

Mit der theologischen Perspektive des Beschlusses dürfte es zusammenhängen, dass Wirklichkeit nicht wahrgenommen wird. Während sich konkrete Hinweise auf das Leiden von Juden im Kontext des Beschlusses finden, stößt man auf kein Wort konkreter Empathie mit Palästinenserinnen und Palästinensern. Bei der Synode hielt Prof. Dr. David Elcott, amerikanischer Jude, ein Referat, in dem er für den Synodenbeschluss warb. Dabei wies er durchaus in bemerkenswerter Weise darauf hin, dass die Shoa auch die Verpflichtung begründet, „wachsam bei Vorurteilen und bei Ungerechtigkeiten gegenüber einem unterdrückten Volk“ zu sein. Trotzdem sprach er allenfalls ausgewogen vom „Horror, der auf beiden Seiten verbrochen wird.“ Ein palästinensischer Beitrag zur Synodendiskussion war überhaupt nicht vorgesehen.

Erwähnt werden in der Begründung des Antrags der Kirchenleitung Gespräche, die die rheinische Kirche seit 2012 mit der Ev.- Luth. Kirche in Jordanien und im Heiligen Land unter Beteiligung jüdischer Partnern aus den USA geführt hat. Nicht Bezug genommen wird auf das 2015 stattgefundenene Treffen. Dort hatte Bischof Younan für einen „emotionalen Moment“ - so eine der Teilnehmerinnen - gesorgt, als er an M.L.King's „Traum“ anknüpfend sagte, er träume von einer Zeit, in der Israelis und Palästinenser gleichberechtigte Bürger, Westjerusalem Hauptstadt Israels und Ostjerusalem Hauptstadt Palästinas, die Besatzung zu Ende, die Trennungsmauer geschleift sei. Von dieser Konkretion ist im Umfeld des Synodenbeschlusses nichts zu spüren.

Theologisch problematisch ist auch das Mantra „Sicherheit Israels“. Bei einer Pressekonferenz am 14.1.16 erklärt OKR Barbara Rudolph, „die rheinische Kirche sei nicht blauäugig. Drei Mal komme im Text das Wort Sicherheit vor, und ihr sei bewusst, dass Israel ohne militärische Gewalt nicht fortbestehen könnte.“ Für die friedensethische Diskussion hat Dietrich Bonhoeffer mit seinem Vortrag, den er 1934 in Fanö gehalten hat, wichtige Anstöße gegeben. Dort hatte er auf den grundsätzlichen Unterschied zwischen Frieden und Sicherheit hingewiesen. Frieden, so Bonhoeffer, muss immer gewagt werden; meine Bemühungen um die eigene Sicherheit, verunsichern den Anderen und gefährden den Frieden. Es ist auch eine Fernwirkung Bonhoeffers, dass die EKD in ihrer Friedensdenkschrift von 2007 als Konsens festhielt: die Gewaltfreiheit ist für Christen die vorrangige Option der Konfliktregelung. Ethische Grundüberzeugungen müssen dann auch in den Israel – Diskurs eingebracht werden. Wer im Falle Israels der Tendenz nachgibt, vorrangig von der gewaltgestützten Sicherheit Israels her zu denken, gefährdet den Frieden in der Region und letzten Endes den Frieden für Israel.

Im übrigen ist hier der unverstellte Blick auf die Wirklichkeit ganz hilfreich – den Theologie entweder fördern oder behindern kann. Oberstleutnant a.D Jürgen Rose hat eine Studie des israelischen Militärpotentials veröffentlicht (Israel: Ein Goliath im Gewande des David – Die „Israel Defence Forces“ sichern dem jüdischen Staat die unangefochtene militärische Vorherrschaft im Nahen Osten). Darin kommt er zu dem Ergebnis: „Nicht die Existenz Israels ist militärisch bedroht, sondern die Lage ist genau umgekehrt: Im gesamten Nahen und Mittleren Osten verfügt allein der Staat Israel ...über ein militärisches Instrumentarium, das es ihm erlaubt jeden einzelnen seiner tatsächlichen Feinde oder auch nur potentiellen Gegner mit überwältigender Militärgewalt bis hin zur totalen Vernichtung zu bedrohen. 'Israels militärische Überlegenheit ist erdrückend' [so der israelische Militärtheoretiker Martin van Creveld] - alles andere ist Legende.“ (Neue Rheinische Zeitung, Teil 4; www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18860)

Im Synodenbeschluss (Ziff.3) heißt es, dass die „Konfliktparteien...die Suche nach einer politischen Lösung intensivieren.“ Auch die rheinische Landeskirche scheint dabei das ungeheure Machtungleichgewicht zwischen beiden Parteien zu ignorieren. Dass hier eine der stärksten und effizientesten Militärmächte der Welt mit einem militärischen Nichts verhandelt – palästinensische Terrorakte, im übrigen immer reaktiv, sind ein Eingeständnis dieser Unterlegenheit - wird völlig ausgeblendet. Wer immer nur vom „Konflikt“ redet, übersieht, dass es hier um Besatzer und Besetzte, um Unterdrücker und Unterdrückte geht – und dass es da auch um Theologie geht. Wir zitieren aus Erzbischof Desmond Tutus Brief an den Deutschen Evangelischen Kirchentag, Stuttgart 2016: „Als Christen haben wir die Pflicht, an der Seite der Unterdrückten, der Geknechteten, der Armen, der mit Vorurteilen Belasteten und ungerecht Behandelten zu stehen – IMMER. Neutralität darf keine Option sein, denn sie begünstigt immer die Unterdrücker. Immer.“

Was tun ?

Jeff Halper hat bei einem Symposium der Freiburger Kant-Stiftung die Konsequenz, die sich aus der komplizierten Lage im Nahen Osten für solidarisches Handeln ergibt, so auf den Punkt gebracht: Verkämpft euch nicht für Ein-, Zwei- oder Sonst-wieviel-Staaten-Lösungen; konzentriert euch auf das, was für jede Lösung unabdingbar ist und schon jetzt einzufordern ist: die Beachtung der Menschenrechte und des Völkerrechts, das Ende der Besatzung, und die Solidarität der internationalen Zivilgesellschaft. Da eingeordnet, könnte man hinzufügen, mögen dann auch Aktionen zur Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas einen gewissen Sinn haben.

Wir hoffen, dass diese Erklärung zusammen mit unserm beigefügten Appell „Kairos Palästina 2017: 50 Jahre israelische Besatzung - Wir dürfen nicht schweigen“ bei den Beratungen zum Beschluss der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland berücksichtigt wird.